

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigerpreis:
Die einpolige Zeitungs- oder deren Raum 25 f., Reklame-Zeile 80 f., Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag, Offerte und Zusunftsstellung 20 f. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens hinsichtlich der Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Kupfer, mich keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg M. 1.50. Durch die Post in Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonst. in Verk. M. 1.80 m. Postzuschlag. Preis frei, Preis einer Nummer 10 f.
In Fällen höh. Ermäß. steht kein Anrecht auf Erstattung der Zahlung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenten u. Ausdrägerinnen jederzeit entgegen.
Preispfeiler Nr. 4.
Die-Post Nr. 24
O. L. G. Enztal Neuenbürg.

Nr. 166.

Samstag den 19. Juli 1930.

88. Jahrgang.

Verständnis

Die Ziele der Volkrecht-Partei.

Die Volkrecht-Partei (Reichs-Partei für Volkrecht und Aufwertung) hat auf ihrem Reichstags-Tage in Dortmund, der unter Leitung des Abgeordneten Pauler-Magold stand, eine Entschließung angenommen, in der die Deutschland in Verbindung mit der Räumung des besetzten Gebietes anzuerkennen lassen des Youngplans für untragbar erklärt werden. Weiter wird gefordert, daß durch schleunige und gründliche Reform der Aufwertungsmaßnahme die inländische Kapitalbildung zur Befähigung geführt und die Kapitalflucht behoben wird, daß durch die Vereinfachung der Grundbücher eine gesetzliche Änderung der Hypothekensicherung in feiner Weise herbeigeführt werden darf und daß die Reichsregierung die Aufhebung der alten Grundbücher zur Pflicht macht. In dem Geiste über die Vereinfachung der Aufwertungsmaßnahme hat die Volkrecht-Partei nichts weiter als ein weitere Unterbrechung der Mängel. Die endgültige Regelung der Hypothekensicherung soll in Verbindung mit der Aufhebung der Grundbesitzsteuer (Grundsteuer) erfolgen und die ganze Aufwertungsmaßnahme reformiert werden. Das Rentenversicherungsgesetz soll die Renten endlich aus der unwürdigen Fürsorge herausnehmen und ihnen mit dem Rechtsanspruch auf eine Rente Befreiung aus ihrer untragbaren Last bringen. Verlangt wird außerdem die Nachprüfung aller Inflationsmaßnahmen, damit auch den schwer geschädigten ehemaligen Hausbesitzern ihr Recht wird und damit der an Ausland veräußerte Hausbesitz wieder dem deutschen Volkermögenden einverleibt wird. Schließlich wird gefordert, daß einem etwaigen Abbau von Lohn und Gehältern ein allgemäher Abbau der Preise von oben herab vorzugehen muß. In erster Linie ist Abbau bei den Gehältern der Minister, Oberbürgermeister, Großindustriellen und Bankdirektoren und bei den Aufsichtsrats-Einkommen erforderlich.

Waffenengewehrfunde in Leipzig.

Leipzig, 18. Juli. In einem den Brüdern Walter und Rudolf Jurik gehörenden Schuppen in Böhlitz-Ehrenberg hat man am Donnerstag nachmittag, wie schon kurz gemeldet, die bisher noch immer vermissten 3 Maschinengewehre, ein schweres und 2 leichte, entdeckt, die zusammen mit 36 anderen leichten Maschinengewehren sowie 214 Infanteriegewehren den Verbleibern des am 22. Februar erfolgten Einbruchs in ein Waffendepot der Reichswehr in die Hände gefallen waren. Sie waren in Tücher gewickelt und in dreieinhalb Meter Tiefe unter das Pflaster auf Sägenplanen gebettet. Die beiden Juriks, die man auf Grund erster Verdachtsmomente bereits am Mittwoch verhaftet hatte, haben zunächst jegliche Verbindung mit dem Beschießer bestritten. Angesichts der Maschinengewehre hat dann Walter Jurik, ein äußerst rühriger kommunistischer Funktionär und neulich bemerkt stellvertretender Bürgermeister von Böhlitz-Ehrenberg, in einem Zustand seelischen innerlichen Zusammenbruchs ein Geständnis abgelegt, dabei aber zugleich betont, daß sein Bruder, weil völlig unschuldig, wieder auf freien Fuß gesetzt werden müsse. Die endgültige Klärung der Affäre dürfte noch längere Zeit beanspruchen. Schon jetzt befinden sich nahezu 2 Tausend Personen in Haft. Weitaus die Mehrzahl sind in Altenburg inhaftiert, dort auf dem Grund des wegen einer Reparatur abgelassenen Wägelagens 12 Stielhandgranaten ohne Sprengstoff, 3 Infanteriegewehre, Infanteriepatronen und eine Schachtel Revolvermunition aufgefunden worden sind.

Reichspräsidenten-Krise?

Berlin, 18. Juli. Die Ablehnung der Notverordnung durch den Reichstag wäre ganz und gar nicht unbedenklich. Sie könnte Folgen haben, deren Art und Umfang sich vorerst noch nicht absehen läßt. In einem Vortrag, den Reichsjustizminister Dr. Brüder gestern im Berliner Rundfunk über den Artikel 48 hielt, hat er gewissermaßen vorabgehend konstatiert, daß bei einem Scheitern des Reichstags, die Notverordnung wieder außer Kraft zu setzen, die Bestimmungen nicht ohne weiteres ihre Gültigkeit verlieren, vielmehr müßten sie vom Reichspräsidenten noch formell außer Kraft gesetzt werden. Selbst wenn man dieser Auffassung ohne weiteres beipflichten wollte, wäre dann nur der materielle Inhalt der Notverordnung und für das Reich die nötigen Summen gerettet. Etwas anderes aber ist die Frage der politischen Konsequenzen. Wie die Berliner Vorträge mitteilen weiß, erhielt sich gestern Abend im Reichstag hernach das Gerücht, wonach der Reichspräsident eine Wiederaufhebung der von ihm unterzeichneten Notverordnungen unter Mitwirkung der Deutschen Nationalen Volkspartei als eine Mißtrauensfrage gegen sich persönlich ansehen und daraus entsprechende Konsequenzen ziehen könnte.

Dernburgs 65. Geburtstag.

Berlin, 18. Juli. Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Reichstagsabgeordneten Dernburg zu seinem 65. Geburtstag das folgende Telegramm geschickt: „Zu Ihrem 65. Geburtstag sprechen wir Ihnen unsere herzlichsten Glückwünsche aus. Wir gedenken Ihrer in aufrichtiger Gefühlsregung und wärmster Dankbarkeit dafür, daß Sie den Erhaltungssatz und die weitestgehende politische Wirksamkeit Ihres Lebens in den Dienst der demokratischen Sache gestellt haben.“

Das Pensionskürzungsgezet auch in zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 17. Juli. Im Senatsausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag mit den Stimmen desentrums, der Sozialdemokraten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten das Pensionskürzungsgezet auch in zweiter Lesung angenom-

men. In der vorangegangenen Aussprache wurde von Regierungseite wie auch von Seiten Preussens und Bayerns geltend gemacht, diese schwierige und umfangreiche Materie nicht auf Grund eines Initiativentwurfes, sondern auf dem ordentlichen Gesetzgebungswege unter Beteiligung des Reichsrats zu erledigen. Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, innerhalb des Kabinetts beständen schwerste Bedenken dagegen, diese Angelegenheit überstürzt zu behandeln. Die allgemeine Pensionskürzung auf 12000 Mark werde die besten Kräfte abhalten, in den amtliden Ditt zu treten. Die Reichsregierung sei bereit, auf dem ordentlichen Gesetzgebungswege im Herbst einen Entwurf vorzulegen, der die Mißstände im Pensionswesen beseitige. Auch Justizminister Brüder hat, von der Beschlußfassung im gegenwärtigen Augenblick abzusehen. Die Vorlage wurde trotz der Regierungsbedenken vom Ausschuss angenommen.

Besprechung des Reichsbankpräsidenten über Kapitalbeschaffung.

Berlin, 17. Juli. Der Bedarf an Kapital, der sich für die verschiedenen Stände des Reiches, insbesondere für die mit der Osthilfe und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Fragen im Laufe dieses Jahres fühlbar machen wird, hat Veranlassung dazu gegeben, daß der Reichsbankpräsident im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die beteiligten Ressorts und sonstigen mit der Kapitalbeschaffung befaßten Stellen des Reiches und Preussens für gestern zu einer Besprechung eingeladen hatte, um für die Dauer einer Einheitsleihe in der Kreditversorgung für diese Zwecke sicherzustellen, soll in Zukunft alle Monate eine derartige Aussprache unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten stattfinden. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen soll Sonderbesprechungen der unmittelbar beteiligten Stellen mit der Reichsbank vorbehalten bleiben und durch die Reichsbank oder in enger Fühlung mit ihr erfolgen.

Arbeitswiederaufnahme bei Mansfeld.

Berlin, 17. Juli. Die Verhandlungen um die Wiederaufnahme des Betriebs bei der Mansfeld A.G. sind heute infolgedessen einen guten Schritt vorwärts gekommen, als zwischen Verwaltung und Gewerkschaften eine Einigung zustande gekommen ist. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Vorkürzung von 9,5 Prozent vorseht, während die Verwaltung von Mansfeld eine Kürzung von 15 Prozent gefordert hatte. Nebenher laufen die Verhandlungen um die Wiederaufnahme des Betriebs selbst, die davon abhängig sind, ob und in welchem Umfange das Reich an den Kupferbergbau Mansfeld Subventionen zahlen will, deren Höhe je nach den Schwankungen der Kupferpreise verschieden sein soll. Auf der Basis der gegenwärtigen Preise würde diese Unterstützung monatlich etwa eine halbe Million ausmachen, jährlich also 6 Millionen Mark. Eine Entscheidung soll möglichst noch heute fallen. Die Zuschüsse werden dann vom Tage der Betriebsaufnahme bis vorläufig 31. Dezember d. J. bezahlt. Mit den Angestellten von Mansfeld werden gleichfalls Verhandlungen über einen Abbau der Gehälter geführt, bei denen man in den nächsten Tagen eine Einigung erwartet.

Die Automobilindustrie ein Opfer der Wirtschaftslage?

Berlin, 18. Juli. Das Berliner Tageblatt meldet: Von verschiedenen vertrauenswürdigen Stellen wird uns mitgeteilt, innerhalb des Reichsverbandes der Automobilindustrie habe man sich endlich mit der Absicht, auch die diesjährige Automobilindustrie, die bekanntlich nach einer zweijährigen Pause im kommenden November in den Ausstellungshallen am Tierparkdamms stattfinden sollte, wiederum abzusagen. Der Entschluß für diese Absage ist in der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu suchen, durch die ganz besonders die Automobilindustrie — nicht nur die deutsche allein — betroffen wird. Die Verantwortlichen einer erneuten Absage sind bei der Industrie selbst zu suchen, und zwar hören wir, daß verschiedene deutsche Werke die Auffassung vertreten, es sei ihnen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge kaum möglich, die notwendigen Mittel aufzubringen, um der Bedeutung der Firmen entsprechend die Ausstellung zu beschicken.

Ausland.

London, 18. Juli. „Times“ meldet aus Hongkong: In Erwartung ist die Tätigkeit der Kommunisten wieder lebhafter geworden. Die Stadt Tsingping, 50 Kilometer nördlich von Swatow, ist von ihnen eingenommen und geplündert worden. Hervorragende Bürger wurden ermordet, die Akten in den Gerichtsgebäuden vernichtet und die Sträflinge aus den Gefängnissen befreit.

Zwischenfall im Unterhaus.

London, 18. Juli. Gestern nachmittag verursachten die Unfraktionären der Arbeiterpartei eine Szene im Unterhaus, weil die Regierung nicht ausführlich genug über Indien Auskunft erteilen wollte. MacDonald sah sich genötigt, den Ausschluß seines eigenen Parteimitglieds Jenner Brodway wegen „Ungehorsams gegen den Sprecher“ zu beantragen. Als dieser Antrag unter beständigem Lärm mit großer Mehrheit angenommen wurde, ergriff ein linksradikaler Abgeordneter das Szepter, das auf dem Tisch des Hauses liegen muß und wollte es aus dem Sitzungssaal tragen und damit die Sitzung unterbrechen. Bevor er den Saalengang erreichte, wurde ihm das Szepter von einem Beamten des Unterhauses entziffen, der es wieder auf den Tisch des Hauses niederlegte. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Hauses, daß ein Abgeordneter versucht hat, durch Entfernen des Szepters die Sitzung zu schließen. Als der Lärm des Kampfes um das Szepter sich etwas gelegt hatte, erhob sich MacDonald abermals und beantragte den Ausschluß dieses Abgeordneten wegen Ungehorsams. Der Abgeordnete bedekt, der das Szepter „angegriffen“ hatte,

wurde mit großer Mehrheit von 221 gegen 4 Stimmen auf unbestimmte Zeit vom Besuch des Unterhauses ausgeschlossen.

Englands Veneuropä-Antwort. Schwere Enttäuschung in Paris.

London, 18. Juli. Die englische Regierung hat gestern in Paris ihre Antwort auf Briands Europa-Memorandum überreicht lassen. In der Einleitung wird mit besonderem Nachdruck betont, daß sich die englische Regierung eine weitere eingehende Prüfung des Problems, die Gemeinschaft mit den übrigen Regierungen des britischen Reiches vorbehalten müsse, und daß dabei der heute überreichten Antwort nur der Charakter einer vorläufigen Äußerung zukommen könne. In der Antwort begrüßt die britische Regierung das von der französischen Regierung verfolgte Ziel, die enge Zusammenarbeit der europäischen Völker zu fördern und wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Ausbruch eines Krieges zu ergreifen, aus lebhafteste. Sie erklärt ferner, sie erwarte aufrichtig von der französischen Regierung, daß das gegenseitige Vertrauen zunehmen und daß die Hindernisse, die sich dem internationalen Handel und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit entgegenstellen, geringer werden. Unabhängigkeit und Souveränität jedes Landes müßten jedoch ebenso unangefastet bleiben wie gewisse Bande, die zwischen Gruppen von Nationen bestehen, darüber hinaus lasse sich viel für einen umfassenderen Ueberblick über die wirtschaftlichen Fragen tun. Soweit die politische Aktion dieses Ziel verfolge, stimme die britische Regierung dem Vorschläge für ein Zusammenwirken der wirtschaftlichen und politischen Behörden zu. Es sei indessen nicht sicher, daß man nach einer gründlichen Prüfung der Frage die Schaffung neuer internationaler unabhängiger Einrichtungen für notwendig und wünschenswert halten werde. Die vorgeschlagenen neuen europäischen Einrichtungen könnten Verwirrung anrichten und zu einer Rivalität führen, die die Wirksamkeit und das Ansehen der Organe des Völkerbundes vermindern würden. Ferner behalte die Gefahr, daß eine rein europäische Union Kivalitäten und Feindseligkeiten von Kontinent zu Kontinent hervorrufen würde. Das Ziel, das man verfolgen könne, läge sehr gut innerhalb des Völkerbundes erreicht werden. Fragen von europäischem Interesse, wie beispielsweise die Hygienevorschriften in Parisien im Jahre 1922, sowie der Wiederaufbau Ungarns und Oesterreichs seien von den Organen des Völkerbundes mit Erfolg behandelt worden. Die britische Regierung sei daher überzeugt, daß man durch Einsetzung europäischer Ausschüsse des Rates und der Völkerbundes des Völkerbundes, sowie der technischen Organisationen des Völkerbundes den notwendigen Organismus zur Förderung einer engeren europäischen Zusammenarbeit schaffen könnte. Zum Schluß schlägt die britische Regierung vor, das Memorandum Briands auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundesversammlung zu setzen.

Paris, 18. Juli. Mit besonderer Spannung hat man in Paris die englische Note erwartet. Sie hat in der französischen Öffentlichkeit, obwohl sie dem Briand-Memorandum freundschaftlich gegenübersteht, schwere Enttäuschung hervorgerufen. Man hat in Paris den Eindruck, daß das englische Kabinett inmitten der vielen Schwierigkeiten ganz einfach Zeit gewinnen wollte, als es darauf aufmerksam machte, daß es erst mit den übrigen Regierungen des Britischen Reiches sich auseinandersetzen müsse. „Journal“ erklärt sogar, es sei unmöglich, das Fehlen jeder Begeisterung für den Briand-Bakt besser zu beweisen als dies in der englischen Note geschehen sei.

Umschwung in Indien?

London, 18. Juli. Aus Indien wird ein Ereignis gemeldet, das endlich die feindlichen Parteien an den Verhandlungstisch bringen mag. Sir Tej Bahadur Sapru und Mr. Jayakar, 2 gemäßigtere indische Führer, haben den Vizekönig in einem Brief um Erlaubnis gebeten, Gandhi und die beiden Nehrus ins Gefängnis zu setzen zu dürfen, um diese zu veranlassen, die von ihnen entfachte Ungehorsamsbewegung abzustoppen, so daß die Diskussion über die neue Verfassung Indiens in ruhiger Atmosphäre vor sich gehen kann. Der Vizekönig hat seine Einwilligung gegeben. Es ist kein Zweifel, daß es den Engländern nur zu willkommen wäre, wenn die Mission erfolgreich verlief, wenn auch die konservative „Morning Post“ ihren Leitartikel heute mit der Ueberschrift verleiht: „Kein Bakterien mit Gesetzesbrechern!“

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Herren des Schicksals,
Wir nehmen dem Zufall die Kraft, wir meistern das Schicksal.
Alle Schicksal ist wie Holz und Dodel; man soll an ihr, mit ihr arbeiten. Oder wie der Dief des Fehlers; man soll ihn variieren. Oder wie eine Frage: man soll sie beantworten.
Bonn.

Nicht, was wir erleben, sondern wie wir empfinden, was wir erleben, macht unser Schicksal. M. v. Eimer-Eichenbach.
Neuenbürg, 19. Juli. Anlässlich des Rote Kreuz-Tages am 20. Juli spielt die Harmonikgilde des Musikvereins von 11 Uhr ab auf dem Kirchplatz.

Wetterbericht. Infolge einer starken Depression über Großbritannien, die sich weit nach Osten ausdehnt, ist für Sonntag und Montag immer noch mehrfaches bedecktes und zu weitem gewitterartigen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Verrenald, 17. Juli. (Blumentagszug) Am Sonntag den 20. Juli eine Sammlung zugunsten der volkstümlichen Tätigkeit des Rote Kreuzes veranstaltet. Mit Benützung verabschieden wir Sämannen das Urteil des Reichspräsidenten von Din-



denburg über die hervorragende Opferwilligkeit unseres Württemberger Landes. Möge dementsprechend das Ergebnis der bevorstehenden Sammlung wie in den Vorjahren ein günstiges werden! Beim „Koten Kreuz“ hat man die unabdingbare Sicherheit, daß alle kleine und große Gaben wohlangelegt sind.

Derrenbach, 17. Juli. (Vereinsausflug.) In der stattlichen Anzahl von 30 Teilnehmern trat der Bezirksgewerbeverein *M a r b a c h* am letzten Sonntag hier ein. Das Mittagsmahl wurde in den *Hotels „Deutscher Hof“* und *„Waldborn“* eingenommen, worauf eine Besichtigung der Seidenwebereien (Motterruine, Freischwimmbad) und ein Besuch des Nachmittagskonzerts unserer Kapelle erfolgte. In 9 Kraftwagen verließen die Ausflügler wohlbedient den Kurort. Auch sonst war der Besuch von Vereinen und Schulklassen in den letzten Wochen sehr lebhaft. Die Sonderfahrten der Weidspieß waren zeitweise durch regnerische Witterung beeinträchtigt.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Juli. (Drei Selbstmorde.) In einem Hause der Hospitalstraße wurde ein 67 Jahre alter Mann erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. — Selbstmord durch Einatmen von Gas verübte in einem Hause der Forststraße ein 53 Jahre alter Mann. — Beim Elektrifizationswerk in Untertürkheim wurde die Leiche eines 20 Jahre alten, seit einigen Tagen vermißten Dienstmädchens aus dem Nestor gelandet. Es liegt Selbstmord vor.

Stuttgart, 18. Juli. (Verteilung im Wilhelmopalais.) Im Wilhelmopalais begann heute vormittag die Verteilung von Geldmitteln und anderem Inventar aus dem Nachlaß des früheren Königs. Der Gesamtvermögen am Vormittag betrug annähernd 11000 R.M. Die Räumung des Palais erfolgt, weil dort das Luftfahrtmuseum errichtet werden soll, nachdem die Stadt das Palais käuflich erworben hat. Das Wertvolle aus dem Nachlaß des früheren Königs geht nach Keimrod oder es findet in Marienwäldl Auffstellung.

Stuttgart, 18. Juli. (Die in Anordnung geratene Oberamtsliste.) Der bei der Kasse des Amtsbezirks Stuttgart angestellte 36 Jahre alte verheiratete Obersekretär Gustav Staudacher von Stuttgart hatte es in den letzten 5 Jahren verstanden, die Revisionen desart hinter sich zu führen, daß ein Defizit von 9000 Mark vorhanden war, als man endlich hinter seine Schliche kam. Als er sich jetzt vor dem erweiterten Schöffengericht Stuttgart zu verantworten hatte, glaubte sich Staudacher mit Schulbuchungen und einem größeren Betrag, der ihm abhandeln gekommen sein sollte, herauszubekommen zu können. Sein Vorbringen war aber nicht geschickt genug, um geglaubt zu werden. Das Gericht war der Ansicht, daß mindestens 9000 Mark in seine Tasche geflossen sind und verurteilte ihn deshalb zu der Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Außerdem wurde ihm die Befähigung, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf die Dauer von 3 Jahren abgepfunden.

Tübingen, 18. Juli. (Verurteilung in dem Prozeß der A.T.A. Arminia.) Gegen das vom erweiterten Schöffengericht am Dienstag gefällte Urteil, durch das die Akademische Turn-Verbindung Arminia sowohl von der Anklage wegen eines Vergehens im Sinne von § 166 des Strafgesetzbuches (Religionsfrevel) als auch wegen eines Vergehens gegen § 366, 11 (Wörter Unlaut) freigesprochen wurde, hat der Staatsanwalt zu Ungunsten sämtlicher Angeklagten Berufung eingelegt. Die Angelegenheit wird also vor der Großen Strafkammer zu einer neuen Verhandlung kommen.

Rottenburg, 18. Juli. (Todessturz in einen Schacht.) Ein schreckliches Unglück ereignete sich gestern mittag in der Gartenwirtschaft der Brauerei Diller. Ein blühendes Menschenleben fiel ihm zum Opfer. Der ledige, aus Wieshausen, O.M. Tübingen kommende 21 Jahre alte Bierbrauer Otto Haug war im Keller beschäftigt. Beim Verladen eines Luftdruckreglers mit einem Aufsatz verunglückte er und stürzte in einen 12 Meter tiefen Schacht, die Maschine ihm nach. Als man am Nachmittage nach sah, lag Haug im Schacht auf dem Rücken, darauf die Maschine, die ihm mit ungeheurer Wucht den Kopf zerquetschte und die Wirbelsäule abgeschlagen hatte. Es liegt Unvorsichtigkeit des Verunglückten vor.

Salingen, 18. Juli. (Ein Freispruch.) Die blutige Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten anlässlich der am 16. November v. J. im Schwefelbadbad abgehaltenen Schumacher-Verammlung hatte gestern ein gerichtliches Nachspiel, in dem ein Teilnehmer der damaligen Verammlung, Schreinermeister Jakob Beutler, unter der Anklage stand, er habe mit dem Ruf: „Schlagt den Knecht tot“, öffentlich zu einer Gewalttat aufgefordert. Da die Beweisnahme in der Hauptverhandlung zwar ergab, daß der Aufruf gefallen ist, nicht aber daß ihn der Angeklagte getan hat, so wurde der letztere unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen.

Singen a. D., 18. Juli. (Die Gemeindeumlage wird auf 26 Prozent der Wasserzins um 26 Prozent erhöht.) Bei der Entscheidung des Vorantrags der Stadt wurde bei der endgültigen Abstimmung die von der Verwaltung vorgeschlagene Gemeindeumlage von 27 Prozent einstimmig abgelehnt und ein Vermittlungsvorschlag mit 26 Prozent angenommen. Der restliche Mangel soll gedeckt werden mit einem Zuschuß aus dem Ausgleichslohn, mit 26 Prozent Erhöhung des Wasserzinses (5000 R.M.), der Mineralwassersteuer (3000 R.M.) aus Verkauf von Grundstücken (15000 R.M.) und Einsparungen (20000 R.M.).

Uldorf, O.M. Belzheim, 18. Juli. (Ein Kastrator drückt die Wand der Mollererei ein — 6 Mädchen verletzt.) Am Donnerstagabend fuhr ein Kastratorwagen aus Uldorf gegen das Gebäude der hiesigen Mollererei und drückte eine Wand ein. Dabei wurden 6 Mädchen im Alter von 8 bis 20 Jahren, die eben die Milch abliefern, verletzt, 3 von ihnen schwer durch Arm- und Beinverletzungen sowie Quetschungen. Der Kastratorwagen hatte kurz zuvor ein Langhalsfahrzeug überfahren. Der Wagenführer und sein Beifahrer sollen betrunken gewesen sein. Nachdem sie das Unheil angerichtet hatten, wollten sie auf und davon fahren, wurden aber daran verhindert.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Vom Rundholzmarkt in Württemberg und Hohenzollern. Die bisherige harte Haltung des heimischen Rundholzmarktes hat sich in den letzten Wochen nicht geändert. Das Angebot aus dem Walde war laut Mitteilungen des Waldbesitzerverbandes zwar verhältnismäßig nicht mehr beträchtlich, demnach bereitete der Mangel an Holz die ansehnlich ruhigen Nachfrage erhebliche Schwierigkeiten. Die Sägewerke beschränken sich noch mehr wie früher darauf, nur ihren allernächsten Bedarf einzudecken. Anstelle der längst erwarteten Belebung ist die Wirtschaftskontinuität in den letzten Wochen noch weiter zurückgegangen und gerade der für den Holzabsatz ausfallende Baumarkt liegt besonders darnieder. Die Preisbildung war unter den ungünstigen Gesamtverhältnissen weiterhin rückläufig. Bei der Beurteilung der letzten Verkaufsergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den vergangenen Wochen vielfach Restposten aus ungünstiger Abfuhr- und Abfuhr zum Verkauf standen. Am Kandelstammholzmarkt bewegten sich die Erlöse für Nichten- und Tannenholz von üblicher Beschaf-

fung und Abfuhr in den einzelnen Landesgegenden meist in folgendem Rahmen: Mittel-, Nordost- und Unterland 80 bis 90 Prozent, Schwarzwald 80—85 Prozent, Oberschwaben, Alb und Hohenzollern 75—85 Prozent der Landesgrundpreise. Von Ausnahmen abgesehen konnten Starkholzer verhältnismäßig noch leichter untergebracht werden als Schwachholzer; insbesondere beim Fichtenholz waren die schwachen Klassen vielfach unverkauflich. Der Papierholzmarkt stand weiterhin unter hartem Preisdruck. Die Nachfrage war unverändert flau. Größere Posten kamen nur mehr aus Schmelzdruckausfällen vom Spätsommer an den Markt. Es waren für diese Restmengen noch Preise zwischen etwa 80 bis 85 Prozent zu erzielen. Säge, die für eine vermehrte Aufbereitung von Papierholz keinen Anreiz bieten. In Laubholz wurden größere Umsätze aus erster Hand nicht mehr erzielt. Die Unterbringung noch unverkaufter, kleinerer Restbestände mußte unter erheblichen Preisrückgaben erfolgen. Die Aufbereitung von Gerbinde hat sich bei den ungenügenden Erlösen in den letzten Jahren immer weniger gelohnt. Das Angebot ist daher alljährlich ungenügend kleiner geworden und im laufenden Verkaufsjahr weiterhin stark zurückgegangen. Bei den wenigen, bisher bekannt gewordenen Verkaufserlösen waren für Nichtenrinde bei Lieferung ab Wald Preise von 2 bis 2.50 R.M. je Zentner erreicht.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Börse. Die Börse war in dieser Woche überwiegend still. Abgesehen von einzelnen Spezialwerten blieb das Geschäft recht klein, da die angegebene innerpolitische Unruhe die Spekulation zur Zurückhaltung machte. In diesen politischen Momenten traten wirtschaftliche hinzu, nämlich die ungünstigen Berichte aus der Industrie über den Mangel an Bestellungen und die Notwendigkeit der Kurzarbeit. Am Elektrizitätsmarkt gab es Kursrückgänge bis zu 2 Prozent. Auch Schiffbauaktien waren rückläufig. Der Rentenmarkt war nicht einheitslich. Auch am Wollmarkt überwiegt die Nachgiebigkeit. Der Rentenmarkt blieb in seiner Grundtendenz fest, wenn es auch hier vereinzelt Rückfälle gab, so in Reichsschuldverschuldungen. Aktienmärkte waren teilweise höher.

Geldmarkt. Die Geldmarktlage ist weiterhin sehr leicht. Der Bericht des Instituts für Konjunkturforschung erwartet eine anhaltende Flüssigkeit des Geldmarktes, weil der Geldbedarf der deutschen Wirtschaft vorläufig gering sei und die Flüssigkeit der ausländischen Geldmärkte sogar noch etwas zugenommen habe. Die Geldsätze bewegen sich auf dem tiefsten Stand der Nachkriegszeit. Die Leichtigkeit des Geldmarktes — Deutschland fügt sich langsam in den internationalen Rahmen ein — beeinflusste den Devisenmarkt kaum noch. Es wurden kurzfristige Auslandsguthaben zurückgezahlt, wozu die Reichsbank bereitwillig größere Devisenbeträge abgab. Sie tat dies deshalb nicht ungern, weil sie hierdurch zugleich auch vermeiden konnte, daß nach Paris, das gegen Berlin am oberen Goldpunkt steht, Goldabgaben stattfänden.

Produktenmarkt. Die Produktionsmärkte verkehrten in dieser Woche in lockerer Haltung. Die Preise blieben fast unverändert. An der Stuttgarter Landesproduktbörse blieben Weizen und Stroh mit 6 bzw. 1 R.M. pro Doppelzentner unbedeutend. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 190 (unv.), Roggen 177 (unv.), Futtergerste 190 (unv.), Hafer 175 (+8) R.M. je pro Tonne und Weizenmehl 104 (—1/2) R.M. pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer hat sich von 1210 um 0.6 Prozent auf 1218 leicht erhöht. Von den Agrarstoffen hat die Bitter in fast allen Gruppen angezogen, vor allem Zucker und Kartoffeln, während die Preise für Getreide und Mehl teilweise Rückgänge aufwiesen. In den Metallmärkten gab es für Kupfer neue Rückfälle. Baumwolle war nach einer vorübergehenden Abschwächung leicht erholt. Für Deutschland ist eine Preissteigerung bringend nötig, um eine Verdrängung der inländischen Erzeugnisse durch ausländische Produkte auf dem heimischen Markt zu verhindern.

Schmalzmarkt. Die Schlachtviehmärkte hatten in dieser Woche bessere Fortschritte. Die Preise waren für Großvieh und Kalber etwas schwächer, für Schweine geboten.

Dollarmarkt. An den Wollmärkten ist das Geschäft weiterhin flau. Die Restposten können bei der ruhigen Marktlage von den Waldbesitzern nur bei Gewährung von Preisnachlässen abgesetzt werden. Papierholz und Laubholz hatten ruhige Marktlage und stiegen ebenfalls unter Preisdruck.

Konferenz und Vergleichsverfahren. Neue Konurse: Karl Schnell, Mechaniker, früh. Inh. eines Feintofenwerkes in Ravensburg; Dr. Richard Höbel, Schirmfabrik in Ulm; Nachlaß des Georg Degenbacher, Holzhandlung in Heilbronn; Leopold Verri, Viehhändler in Ludwigsburg; Paul Bern, Käsefabrik in Oberbuchardshausen O.M. Leutkirch. — **Vergleichsverfahren:** Alois Hilsenbeck, Baumunternehmer in Stuttgart; Dr. Friedrich Erde, Großhandel in Garmen, Kars.; Weis- und Wollwaren in Heilbronn; Dr. Cuno-Bauverleiher Weylingen. Kommanditgesellschaft Hammer in Weingarten; M. Derkmann, Inh. d. Westend-Druckerei und Verlag in Stuttgart; Johannes Hühsmann, Gardinen- und Textilwarengeschäft in Böblingen.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 18. Juli. Zu dem Artikel *Reich* auch bei den milit. Nationalsozialisten wird von der N.S.D.A.P. geschrieben: „Die württembergische Organisation der N.S.D.A.P. steht nach wie vor in voller Geschäftsfähigkeit hinter Adolf Hitler und seinem Programm. Der bekannte Karl Baumann — ehemals Führer der Hitlerjugend Stuttgart — ist in Württemberg der einzige, welcher sich offiziell der Erklärung des Dr. Otto Straßer angeschlossen hat.“

Friedrichshafen, 18. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist von seiner Nordlandreise rückkehrend gegen 1/8 Uhr über der Stadt erschienen und kreuzt zur Zeit über dem Wertfeld. Es wartet auf besseres Wetter, da der augenblicklich herrschende Sturm eine Landung verhindert. Das Luftschiff ist um 19.55 Uhr nach 61stündiger Fahrt glatt gelandet.

Dortmund, 19. Juli. Der 21 Jahre alte Metzgereis Hölcher, der gestern vormittag vor dem Amtsgericht Lüdinghausen mündlich verurteilt worden sollte, geriet mit seinem Stiefvater, dem Metzgermeister Pochel, wegen Erbschaftsangelegenheiten in Streit. Hölcher jagte Hölcher einen Revolver und firete gegen Stiefvater durch mehrere Schüsse nieder. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und löste sich durch einen Kopfschuß.

Essen, 19. Juli. Gestern abend wurde eine 24 Jahre alte Hausangestellte, die erst seit 10 Tagen verheiratet ist, von einem 18 jährigen Metzgererlöhr, der mit ihr bei einem Dinnerabend beschäftigt war, in der Wochstube durch drei Messerschläge in den Hals getötet. Der Mörder, welcher seltsam genug war, gab an, getötet worden zu sein, was von anderer Seite aber bestritten wird. Der Mörder wird als besonders gefährlich bezeichnet. Nach vorgeschrittenen Aufnahmen handelt es sich um einen offenbar überpannten Mensch.

Leipzig, 18. Juli. In der Verfassungsrechtsstreife zwischen Thüringen und dem Reich wegen Weiterführung der Polizeigewalt auf Thüringen hat der Staatsgerichtshof am Freitag mitog folgende Entscheidung verhandelt: Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen. Die Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes lautet folgenbermaßen: Der Reichsanwalt des Innern hat glaubhaft gemacht, daß durch den Erlass von Thürin-

gen beantragten einstweiligen Verfügung die Interessen des Reichs ernstlich gefährdet würden.

Berlin, 18. Juli. Der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wollatz hat an den Parteivorstand Hugenberg ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er sein Amt im Parteivorstand niederlege und gleichzeitig aus der Partei austrete, da er die vom Parteivorstand betriebene Politik mit seinem persönlichen Verantwortungsgefühl nicht mehr vereinbaren vermag.

Berlin, 18. Juli. Wie erfahren, daß Papst Pius XI. über die Berliner apostolische Nuntiatur dem Großbischofen der Großdiözese Pius die Summe von 50000 Lire überwiesen ließ zur Linderung der Not, die in den durch das Hausdorfer Bergwerkunglück betroffenen Familien herrscht.

Berlin, 18. Juli. Die Lohnverhandlungen in der deutschen Holzindustrie sind, wie die „B. Z.“ berichtet, von den Arbeitgebern abgebrochen worden. Die Arbeitgeber waren bereit, über einen neuen Tarif nach einem Schlichtergericht zu verhandeln, lehnten jedoch Professor Dr. Bradt vom Arbeitsministerium als unparteiischen Sachverständigen ab. Da die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, sich diesem Arbeitsverbot gegen den Dementen des Arbeitsministers nicht anschließen zu können, verweigerten die Arbeitgeber auf weitere Verhandlungen. Die Arbeitnehmer fordern jetzt eine Erhöhung des Stundenlohnes um vier Pfennig. Kommt es zu einem Streik, so sind mehr als 200000 Arbeiter beteiligt.

Berlin, 18. Juli. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat heute nachmittags anläßlich ihres verstorbenen bisherigen Präsidenten Erzelen von Hornow Gehirnat Pflanz zum Präsidenten gewählt.

Berlin, 18. Juli. Der Parteivorstand des Zentrums ist am Dienstag den 29. Juli nach Berlin einberufen. Er wird den offiziellen Wahlaufruf der Zentrumsparteien erteilen.

Berlin, 18. Juli. Mit ähnlicher Begründung wie der Abgeordnete Wollatz hat auch der Abg. Dr. Höglander in einem Schreiben an den Parteivorstand Hugenberg sein Amt im Parteivorstand niedergelegt und seinen Austritt aus der deutschnationalen Partei erklärt.

Berlin, 18. Juli. Sicherem Vernehmen nach nimmt Reichskanzler Brüning anläßlich der durch die Aufhebung der Notverordnung geschlossenen Tage nicht an der Rheinlandreise des Reichspräsidenten teil. Er wird vielmehr die nächsten Tage dazu brauchen, um gemeinsam mit dem Finanzminister Dietrich die neue Notverordnung auszubereiten.

Berlin, 18. Juli. Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist am Freitag nachmittags zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Dem Reichskanzler und den übrigen Zentrumsministern wurde der Inhalt der Fraktion für ihren Doctrin und ihre Pflichterfüllung ausgesprochen. Reichskanzler Dr. Brüning dankte der Fraktion für die selbstlose Unterstützung der Regierung. Er stellte fest, daß im Zentrum auch die Regierung Mängel unterliegt, dafür aber nicht den Dank verdient habe. Das Zentrum werde den Wahlkampf nicht in der Weise führen, sondern im Angriff führen müssen. Der Parteivorstand des Zentrums ist für den 29. Juli nach Berlin einberufen. Er wird den offiziellen Wahlaufruf der Zentrumsparteien erteilen.

Berlin, 18. Juli. Der frühere Reichskanzler Hermann Müller mahnt, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ mitteilt, seit Donnerstag auf Verlangen seiner Partei wieder das Bett hüten. Seine Erkrankung sei eine Nachwirkung des alten Leidens. In Befürchtungen lege jedoch zunächst kein Anlaß vor.

Lübeck, 18. Juli. Die Lübecker Bürgerschaft hat sich heute mit dem Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, der mit der Untersuchung der Calmele-Angelegenheit betraut war, zu befassen. Der Senat nahm noch einmal in einer ausgedehnten Aussprache zu den Vorfällen Stellung. Der zuständige Senatskommissar, Senator Weylein, gab eine Erklärung ab, in der er u. a. heißt, die in Lübeck stattgefundenen Ermittlungen, insbesondere auch die von der Bürgerschaft eingesetzten Untersuchungsausschüsse, hätten ergeben, daß abgesehen von der noch nicht aufgedeckten Hauptfrage, ob das verfallene Material in Lübeck oceanreifeig worden ist, Professor Dr. Denka, Obermedizinalrat Dr. Althoff und auch Professor Dr. Klotz über die Maßnahmen bei der Durchführung der Calmele-Fütterung und bei der Aufdeckung des Unglücks ein drohtiges Verhalten an den Tag gelegt hätten, daß dem Senat namentlich ihre vorläufige Dienstenthebung angebracht erscheine. Der Senat habe an das Lübecker-Gesundheitsamt die Anordnung erlassen, daß vor Einführung neuer Verfahren, Impfungen usw. in nicht in Deutschland erprobt seien, das Reichsgesundheitsamt gleichmäßig gehört werde, und hat ferner angeordnet, durch Befehlshaber der Behörde für die Hygienestellen mit der Behörde für die hiesige Verwaltung das gesamte Gesundheitswesen zu einer besonderen Mitteilung zusammenzufassen.

Bremen, 18. Juli. In der Londoner Meldung über den Hochdruckdampf Turges, der im Atlantischen Ozean in Brand geriet und gesunken ist, teilt der Norddeutsche Lloyd mit, daß der englische Dampfer *Rangitana* mit den Schiffbrüchigen am 22. Juli in Southampton erwaart wird. Der ungefähr 6000 Tonne große Dampfer Turges befindet sich auf der Reife von der Westküste Südamerikas nach Bremen. Die Zahl der an Bord befindlichen Passagiere ist noch nicht bekannt.

Neurode, 18. Juli. Im Verlauf der letzten 24 Stunden sind weitere fünf Leichen geborgen worden. Gegenwärtig sind noch 3 Leichen im Schacht.

Paris, 18. Juli. Das Luftschiff Graf Zeppelin hat um 11.30 Uhr in 500 Meter Höhe Nordost überflogen. Um 13.55 Uhr befand sich das Luftschiff über Lour.

Paris, 18. Juli. Havas meldet aus Nantes: „Graf Zeppelin“ hat um 11.45 Uhr funktentelegraphisch mitgeteilt, daß er auf dem Wege von Irland sich etwa 100 Kilometer westlich von Nantes befindet und die französische Küste gegen 1/1 Uhr zu erreichen gedenkt. Das Luftschiff hat Rückenwind und beabsichtigt, seinen Weg über Paris zu nehmen.

London, 18. Juli. Der britische Dampfer *Rangitana* teilt durch Funkpost mit, daß er die Passagiere und die Mannschaft des Dampfers Turges aufgenommen hat, der auf 33.50 Grad nördlich und Breite und 50.11 Grad westliche Länge in Brand geriet und in den Sinken ist. Die angegebene Position befindet sich in der Mitte des nördlichen Atlantik, mehr als 2000 Kilometer östlich von Philadelphia. Der Dampfer Turges von Norddeutschen Lloyd ist ein Frachtdampfer von 6000 Tonne mit Einrichtungen für etwa 15 Passagiere. Er befand sich auf der Fahrt von St. Thomas nach Bremen.

New-York, 18. Juli. „Associated Press“ meldet aus Tokio, daß Niederjapan von einem Taifun heimgesucht worden ist. Der Gouverneur der Provinz Nagasaki hat dem Innenministerium auf funktentelegraphischem Wege Einzelheiten über die Sturmkatastrophe mitgeteilt, die einen ungeheuerlichen Schaden verursacht. Der Verlust an Menschenleben ist groß. Mehrere Schiffe sind im Hafen von Nagasaki gesunken. Eine Anzahl von Leiden konnte bereits geborgen werden. Mehrere öffentliche Gebäude sind beschädigt.

Winnipeg, 18. Juli. Auf der Lokomotive eines Güterzuges explodierte etwa 50 Kilometer von Winnipeg entfernt ein Dampfheißel. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet. Außerdem wurden drei Personen verletzt, darunter eine schwer.

Hindenburg ins Rheinland abgereist.

Berlin, 18. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg hat heute abend mit dem Jahrsplanmäßigen Zuge 8.50 Uhr, begleitet von Staatssekretär Dr. Reihner und Oberleutnant von Hindenburg, die Reise ins Rheinland angetreten. Er wird morgen früh kurz nach 9 Uhr in Soester eintreffen und nach einer Rundfahrt durch die Stadt an dem Festakt im Kathedra teilnehmen. Am Nachmittag ist eine Rundfahrt durch die Pfalz vorgesehen, die über Remscheid, Leidsheim nach Ludwigsbafen führt.

Der Reichstag aufgelöst.

Berlin, 18. Juli. Zu Reichstag wurde der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit 226 gegen 221 Stimmen angenommen. Der Reichskanzler erbat sich

forter un-
Unter gro-
Kaufmann
Nationali-

Wir
hegen, daß
bringen.
men: das
bis zur U-
haben aus-
nachweise
Däten fl-
Eine Sch-
angebroch-
während
nationalen
nicht zu
herrschen
lung ange-
berhöht be-
nötig; er
nicht ver-
der es mit
Reichsprä-
Schlichter
Berlin
Anlaß D-
eine Vere-
Nachdem
neine auf
Verordnu-
siefs 25
den Zehn-
annimmt
der K-
selben W-
geschloßen
Soties n-

Berlin
Über die
Kabinett
aus dem
rangeführt
der Zehn-
erklärt im
der Tages-
Kritik
Der Prä-
anreife
stellen.
Tann des
geleitete
Scheidungs-
sätten ihr
igen R-
demokrati-
Dankes ist
er, weicht
für ein a-
monatlich
auch im
auf dem
im Ber-
ren weit
sagen sta-
tische B-
ablehne,
berische J-
Nach einer
Reichstags-
und die
tung nach
Künster
zu die
schieft sei
genacht in
teilen.“
wollen Abg-
bergs sich
demokrati-
Führer de-
bis, daß
verurteilt
für a. D.
Demokrati-
eigenen W-
Die Erbau-
nung begri-
betreut,
und dem
nen. Der
er über-
von Dr. S-
genommen
abgehan-
und stehen
Dass mit
der Notve-
schon im
das Kabin-
die Annah-
ergibt.

Rath de-
Berlin
Kabinett
tags gefol-
den Kaiser

ZU



